

WEITERSTADT AKTUELL

August 2024

Inhalt

Verantwortung übernehmen in schwierigen Zeiten.....	1
Stadtparlament fordert besseren Lärmschutz von der Bahn.....	3
SPD-Fraktion unterwegs in der Riedbahn zu Besichtigungen.....	4
Bitteres Europawahlergebnis.....	4

Sie haben Lust, sich politisch zu engagieren oder möchten nur bei bestimmten Themen mitarbeiten? Wir freuen uns auf Sie! Mehr Infos unter: www.spd-weiterstadt.de

Impressum

V.i.S.d.P: SPD-Fraktion Weiterstadt,
Lukas Harnischfeger, Riedbahnstraße 6,
64331 Weiterstadt
Auflage: 12.500 Stück
Redaktion: Benjamin Gürkan,
Lukas Harnischfeger, Alexander Koch

Besserer Lärmschutz gefordert

Stadtparlament fordert bei der Bahn übergesetzlichen Lärmschutz

Auch wenn die Bahn die Pläne zum Bau einer neuen Bahnstrecke aktuell auf Eis gelegt hat, arbeitet das Weiterstädter Stadtparlament weiter an Lösungen, um Lärm und Beeinträchtigungen zu reduzieren. Entweder soll die bisher geplante Weiterstädter Kurve vollständig verhindert und auf eine alternative Variante umgeplant werden oder die Bahn soll einen Lärmschutz gewährleisten, der deutlich über das gesetzliche Maß hinausgeht. Alles andere ist der Weiterstädter Bevölkerung, die seit jeher von Lärm geplagt ist, kaum zu vermitteln. Deshalb hat das Weiterstädter Parlament konkrete Maßnahmen beschlossen.

Vollständiger Artikel auf Seite 3



Verantwortung übernehmen in schwierigen Zeiten

Hohe Gewerbesteuerrückzahlungen machten Sparmaßnahmen und Steuererhöhungen unausweichlich

In der letzten Stadtverordnetenversammlung vor der Sommerpause hat das Weiterstädter Parlament einen Änderungsbeschluss zum Haushalt 2024 gefasst, der insbesondere eine Erhöhung der Grundsteuern A und B sowie der Gewerbesteuer vorsah. „Am Ende des Tages standen wir vor der Wahl: Entweder man geht den von der Verwaltung vorgeschlagenen Weg mit und erhöht die Grund- und Gewerbesteuer, oder man lehnt die Vorschläge ab und nimmt in Kauf, dass wir keinen Haushalt haben und Leistungen der Stadt nicht oder nicht mehr im gewohnten Umfang zur Verfügung stellen“, erklärt der Fraktionsvorsitzende der SPD, Lukas Harnischfeger.

Ausschlaggebend für die Vorschläge der Verwaltung war, dass nach der Verabschiedung des ursprünglichen Haushaltsentwurfs Anfang des Jahres zwei der größten Gewerbesteuerzahler Steuerrückzahlungen und Steuerminderungen von rund 11,4 Millionen Euro angemeldet hatten. Diese unerwartete Entwicklung führte dazu, dass der Haushalt in seiner ursprünglichen Form nicht mehr genehmigungsfähig war.

Bereits bei den Haushaltsberatungen Anfang des Jahres konnte eine Genehmigung nur in Aussicht gestellt werden, indem ein Defizit von knapp 7,4 Mio. € durch einen Griff in die Rücklage ausgeglichen wurde. Mit dem Ausfall der beiden Gewerbesteuerzahler war der Haushalt in seiner ursprünglich beschlossenen Form nicht mehr zu halten.

„Wir hatten gehofft, dass dieser Kelch an uns vorüberzieht. Aber wenn man

sich umschaut, sieht man: Nahezu alle Kommunen und Landkreise um uns herum diskutieren über Steuererhöhungen oder haben diese bereits beschlossen. Das ist mit Sicherheit kein Trost für uns hier in Weiterstadt, es zeigt aber: Die Situation der Kommunen insgesamt ist schlecht. Man fühlt sich ein Stück weit im Regen stehen gelassen von Bund und Land“, ergänzt Harnischfeger.

Fortsetzung auf Seite 2

Haushaltsplan?! Was ist das?

Jedes Jahr wird ein neuer Haushaltsplan beschlossen. Darin sind alle Einnahmen und Ausgaben enthalten. Der Haushalt ist sozusagen die Handlungsanleitung für die städtische Verwaltung und den Bürgermeister.

Darin werden alle politischen Beschlüsse, Investitionen und Maßnahmen abgebildet. Die Verwaltung ist an den Haushalt gebunden und darf nur in dessen Rahmen Geld ausgeben.

Bevor die einzelnen Positionen des rund 350 Seiten starken Planes umgesetzt werden können, muss der Haushalt von der Kommunalaufsicht genehmigt werden.

Die Kommunalaufsicht prüft, ob alle Gesetze eingehalten wurden und der Haushalt zum Beispiel ausgeglichen ist. Nur ein ausgeglichener Haushalt wird genehmigt. Droht eine finanzielle Schieflage, müssen Ausgaben reduziert und/oder Steuern und Gebühren erhöht werden, bis der Haushalt ausgeglichen ist.

Forts.: Verantwortung übernehmen in schwierigen Zeiten

Hohe Gewerbesteuerückzahlungen machten Sparmaßnahmen und Steuererhöhungen unausweichlich

Der Grund für diese Entwicklung ist vielschichtig. Der Rückgang der Gewerbesteuererinnahmen lässt sich vor allem auf die Entwicklungen der vergangenen Jahre rund um Corona, Ukraine-Krieg und Inflation zurückführen. Diese Entwicklungen führten daneben auch zu deutlichen Anstiegen für Bauprojekte der Stadt, etwa der Sanierung von Feuerwehr und Bauhof.

Hinzu kommen verschiedene Beschlüsse auf Bundes- oder Landesebene, die grundsätzlich nicht falsch sind, die die Kommunen aber zusätzlich belasten. Zu nennen sind hier beispielsweise der vom Bund eingeführte Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz in der Kita einerseits und die vom Land beschlossenen beitragsfreien 6 Stunden andererseits. Umsetzen müssen diese Maßnahmen am Ende die Kommunen. „Wir begrüßen solche Maßnahmen. Diese führen dazu, dass insbesondere mehr Frauen berufstätig sein können. Die Kommunen können die Leistungen aber nur stemmen, wenn diese auch ausreichend finanziert sind, was derzeit nicht der Fall ist“, erklärt der Vorsitzende des Sozialausschusses, Andreas Enzmann.

Für die Kooperationsfraktionen SPD und Freie Wähler war aber klar: Eine Erhöhung der Steuern kommt nur in Betracht, wenn an anderer Stelle gespart wird. Deswegen wurde unter anderem die Abplanung einiger Investitionen beschlossen. Die wichtigste Stellschraube, um effektiv zu sparen, war aus Sicht der beiden Fraktionen jedoch der Personalbereich. Auf Vorschlag von SPD und Freien Wählern wurde einstimmig beschlossen, die ursprünglich für den Haushalt 2024 vorgeschlagenen Stellenerhöhungen nicht umzusetzen.

Die Verwaltung wurde darüber hinaus beauftragt, Vorschläge zu machen, wie zu den Beratungen für den kommenden Haushalt 2025 weitere Einsparmaßnahmen aussehen können. Hierunter fallen insbesondere weitere Anpassungen von Gebühren und Vorschläge, wie Personal in Krippen und Kitas effizienter eingesetzt werden kann, ohne dass die gute Betreuungsqualität darunter leidet.

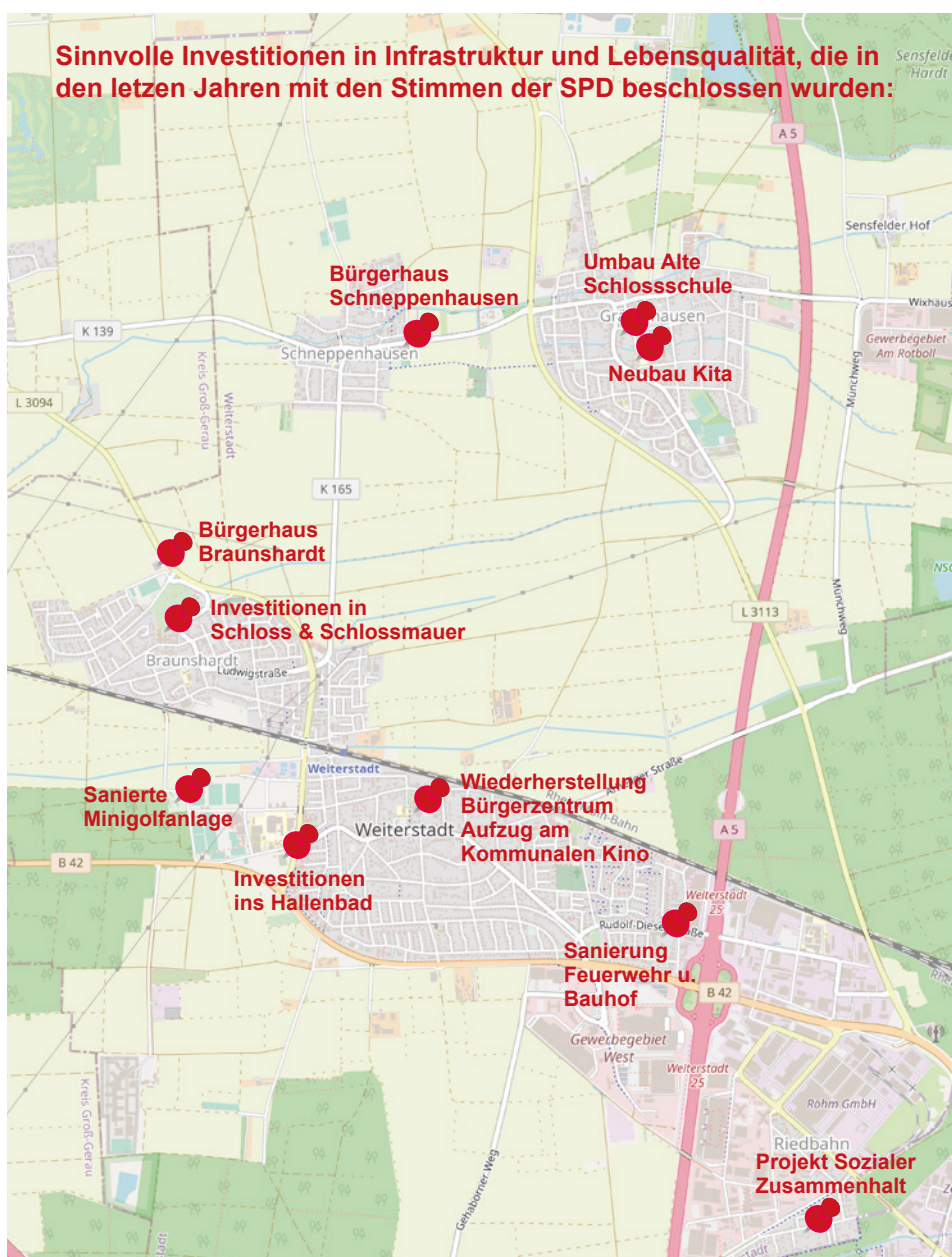
Nach langem Ringen sind SPD und Freie Wähler damit zu dem Ergebnis gekommen, den vorgeschlagenen Weg der Verwaltung mitzugehen. „Um zu ge-

währleisten, dass die Stadt auch weiterhin Leistungen wie ein Hallenbad, das Kommunale Kino, eine Bücherei an zwei Standorten in Weiterstadt und Gräfenhausen, den Betrieb von Sportanlagen, mehrere Stadtteilfeuerwehren, Bürgerhäuser sowie eine Vereinsförderung bereitstellen kann, haben wir den Vorschlägen zähneknirschend zugestimmt. Wichtig war für uns aber: Wenn wir Steuern erhöhen, dann nur in Kombination mit einem effektiven Maßnahmenpaket an dem deutlich wird, dass auch Politik und Verwaltung den Gürtel enger schnallen müssen. Wir entscheiden im Parlament schließlich nicht über unser eigenes Geld, sondern über das der Weiterstädter Bürgerinnen und Bürger“, so Harnischfeger weiter.

Die Zustimmung erfolgte auch deshalb, weil die anderen im Stadtparlament ver-

tretenen Fraktionen sich ihrer Verantwortung zumindest teilweise entziehen. Während die Vertreter von ALW/Grünen bereits früh signalisierten, dem geänderten Haushalt nicht zustimmen zu wollen, ohne einen einzigen eigenen Vorschlag zu machen, wie das Problem zu lösen sei, hatte die CDU-Fraktion wenigstens ein paar Vorschläge gemacht. Aber hier war von Anfang an klar: Auch die Umsetzung dieser Vorschläge, die in ihrer Wirkung teilweise sogar hinter denen der Kooperationsfraktionen zurückbleiben würden, könnten den Haushalt ohne Steuererhöhungen nicht retten.

„Natürlich kann man sagen: Mit Steuererhöhungen wollen wir nichts am Hut haben, das sollen die anderen machen. Damit macht man sich das Leben aber sehr einfach“, erklärt Harnischfeger abschließend.



Stadtparlament fordert besseren Bahn-Lärmschutz

Weiterstädter Kurve der Bahn: Stadtparlament setzt sich für übergesetzlichen Lärmschutz ein

Das Thema ICE-Neubaustrecke beschäftigt die Weiterstädter Bürgerinnen und Bürger sowie die städtische Politik bereits seit mehreren Jahren. Und auch wenn in der Presseberichterstattung Anfang des Jahres der Eindruck geweckt wurde, die Bahn lege das Vorhaben aufgrund finanzieller Engpässe auf Eis, trauen weder die Verwaltung noch die Weiterstädter Parlamentarier diesem Braten. „Wir werden uns nicht aufgrund irgendwelcher Ankündigungen auf die faule Haut legen, nur um dann hinten heraus eine böse Überraschung zu erleben“, erklärt Christian Kurpiers, Vorsitzender des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Mobilität. „Denn festzustellen ist: Die Planungen zur Neubaustrecke werden durch die Bahn aktuell fortgeführt.“

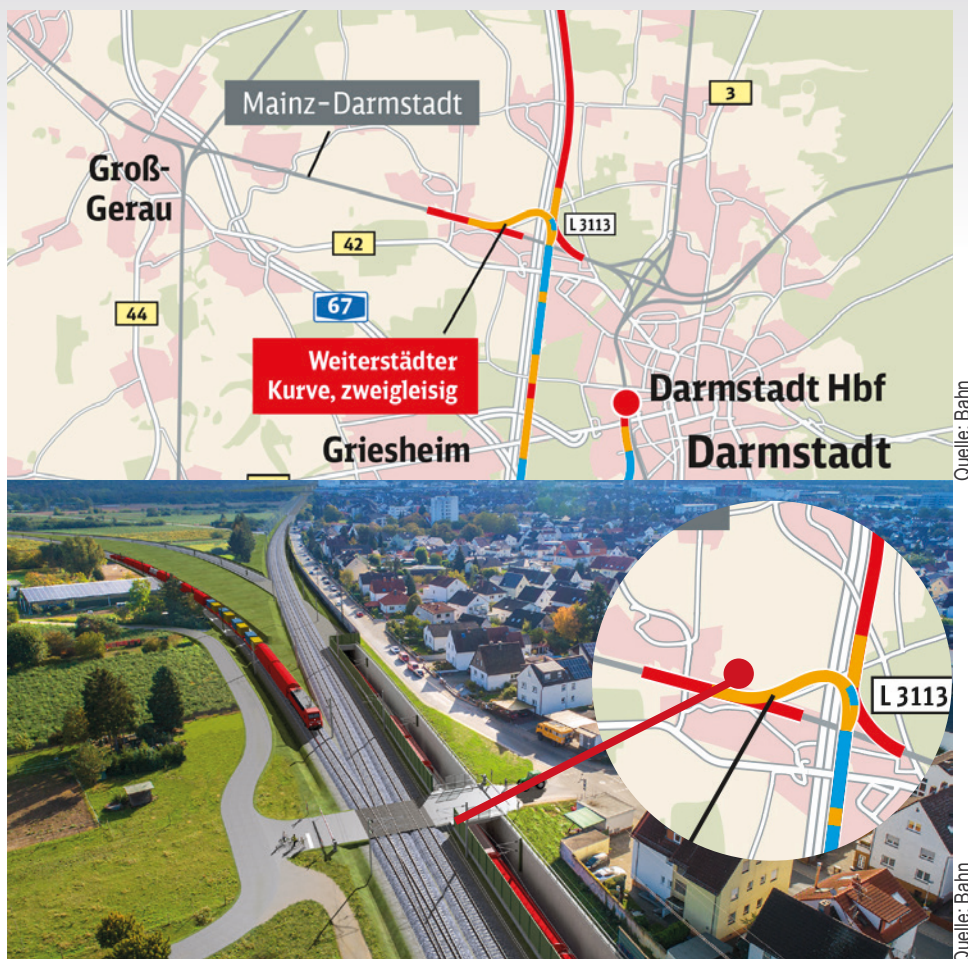
Die Weiterstädter Politik fährt deshalb eine zweigleisige Strategie: Einerseits wird an allen möglichen Stellen gegen die von der Bahn verfolgte Variante Widerstand geleistet. Andererseits wird für den Fall, dass der Widerstand keinen Erfolg bringt, deutlich mehr Ausgleich von der Bahn gefordert als gesetzlich vorgeschrieben ist.

Denn die sogenannte Weiterstädter Kurve ist von allen möglichen Varianten die folgenschwerste für die Weiterstädter Bevölkerung und bringt massiven Lärm, langjährige Baumaßnahmen, eine Zerschneidung der Landschaft, ohne auch nur einen Nutzen für Weiterstadt zu bringen. Von der Weiterstädter Kurve profitieren also nur andere Kommunen, wie zum Beispiel Darmstadt, während Weiterstadt das Nachsehen hat.

Doch man muss im Weiterstädter Rathaus und im Parlament den Tatsachen ins Auge sehen und anerkennen, dass die Bahn die ausgewählte Variante und damit die deutliche Mehrbelastung Weiterstadts nach wie vor verfolgt. Um für den Fall der Umsetzung gewappnet zu sein, hat das Parlament deshalb mehrere Punkte verabschiedet, die wenigstens mehr Lärmschutz bringen, sollte die Bahn ihren Plan tatsächlich weiterverfolgen.

Hierzu zählen:

- » An der Bestandsstrecke südlich von Braunshardt sollen Lärmschutzwände bis zu 6 m Höhe errichtet sowie pas-



Eine Visualisierung der Bahn (Ecke Kreuzstraße/Otto-Wels-Straße) zeigt den enormen Eingriff und den zu erwartenden Lärm durch Bauarbeiten und noch mehr Güterzüge an der Bestandsstrecke Mainz-Darmstadt.

sive Schallschutzmaßnahmen an den Gebäuden vorgesehen werden.

- » In diesem Streckenabschnitt sollen „Besonders Überwachte Gleise (BÜG)“ eingerichtet werden, um die Rollgeräusche der Züge zu minimieren.
- » Zusätzlich zur von der Bahn geplanten Lärmschutzwand soll ein Wall zwischen Gräfenhausen und der A 5 aus den Erdmassen errichtet werden, die im Zuge der Baumaßnahme anfallen.
- » Um massive Behinderungen rund um die A5 während der Bauarbeiten zu verringern, sollen diese Bauarbeiten in Tunnelbauweise erfolgen. Ansonsten sind mehrere Jahre lang erhebliche Beeinträchtigungen der Gewerbetätigkeit im Weiterstädter Gebiet rund um die A5 zu befürchten.

Diese Vorschläge werden dem Deutschen Bundestag übermittelt, der sich mit dem Vorhaben im Rahmen einer „Parlamentarischen Befassung“ auseinandersetzt. Dieses Verfahren ist neu eingeführt worden, um u.a. betroffenen Kommunen die Möglichkeit einer Stel-

lungnahme einzuräumen und um so vorab möglichst Klagen durch diese zu vermeiden.

Christian Kurpiers erklärt hierzu: „Wir waren zunächst skeptisch bezüglich der Vorschläge aus der Verwaltung, da sie in die Kategorie übergesetzlicher Schutz fallen. Die Bahn ist also nicht verpflichtet, diese Maßnahmen durchzuführen. Dass diese aber in ein Verfahren eingebracht werden, um betroffenen Kommunen Gehör zu verschaffen und Klagen zu vermeiden, stimmt uns optimistisch. Vielleicht nimmt man dadurch unsere Anliegen und Vorschläge wahr und zieht eine Umsetzung ernsthaft in Erwägung.“

Benjamin Gürkan, Mitglied im Stadtentwicklungsausschuss, ergänzt: „Zum Thema ICE-Neubaustrecke ist das letzte Wort noch nicht gesprochen. Das ist uns allen bewusst. Aber wir werden nicht müde, überall zu betonen, dass eine so massive Belastung, wie sie derzeit von der Bahn geplant wird, den Weiterstädter Bürgerinnen und Bürgern nicht zu vermitteln ist.“

SPD-Fraktion Weiterstadt unterwegs in der Riedbahn

Sozialdemokraten besichtigten Riedbahntreff, Spielplätze und prüfen möglichen neuen Kita-Standort

Bei ihrer Sommertour machte die SPD-Fraktion Weiterstadt Halt in der Riedbahn und besichtigte konkrete städtische Projekte. Am Nachmittag des 17. Juli begann die Begehung am Spielplatz in der Riedstraße. Mitarbeitende des städtischen Immobilienmanagements und Bürgermeister Möller erläuterten zwischen Sandkasten und Rutsche die künftigen Pläne in diesem Areal. Der Spielplatz soll aufgewertet und optimiert werden. Aufgrund der Haushaltslage musste dieses Ziel zunächst jedoch verschoben werden. Im Rahmen des SPD-Antrages zum Projekt "Sozialer Zusammenhalt" möchte die Stadt das Gebiet um den Spielplatz großräumiger beplanen und Teile der alten Riedbahntrasse und des Wendehammers im Grünen Weg mit einbeziehen, um einen Ort der Begegnung zu schaffen.

Den Antrag für Maßnahmen aus dem Projekt-Topf "Sozialer Zusammenhalt" habe die Stadtverwaltung vor wenigen Wochen gestellt. Nun liegt es an der Landesregierung, Mittel zu bewilligen. Vieles, was den sozialen Zusammenhalt in einem Stadtteil fördert, kann beantragt werden.

Als nächste Station besichtigte die SPD-Fraktion einen möglichen Standort für



eine neue Kita in der Riedbahn, für den kürzlich ein Prüfauftrag von SPD und FWW im Weiterstädter Parlament beschlossen wurde. Es soll untersucht werden, ob in dem kleinen Waldstück an der Wiesenstraße eine Kita gebaut werden kann. Hierfür müsse laut Bürgermeister Möller die Forstverwaltung ihre Zustimmung erteilen und eine Realisierung in einigen Jahren könnte an Auflagen gebunden sein. Eine Umwidmung von Waldflächen in normale Bauflächen ist insgesamt schwierig und im sehr waldarmen Weiterstadt eine zusätzliche Hürde.

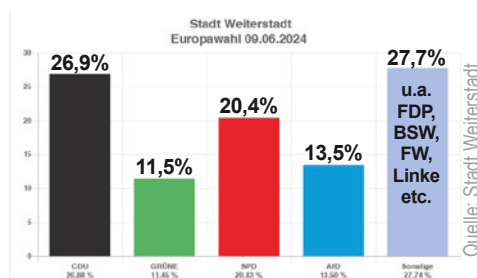
Als letzte Station besuchte die SPD-Fraktion den Bürgertreff Riedbahn. Durch den Umbau der Feuerwehr in Weiterstadt

ist ein Teil des Bauhofes auf das Gelände des Riedbahntreffs ausgelagert, was laut Mitarbeitern des Bauhofes zu Herausforderungen in der Abwicklung führt. Perspektivisch soll auch der Bürgertreff eine Aufwertung bekommen: Ein kleiner Spielplatz im Außenbereich ist der bereits gemachte Anfang. Weitere Schritte sollen nach und nach folgen. Das JuZe wird gut angenommen und bietet Jugendlichen Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung.

"Wir konnten wichtige Eindrücke mitnehmen und werden diese in unsere weitere politische Arbeit einfließen lassen", bedankte sich SPD-Fraktionsvorsitzender Lukas Harnischfeger abschließend.

Bitteres Ergebnis bei der Europawahl in Deutschland

SPD liegt bundesweit hinter den Rechtspopulisten der AfD - Lichtblicke in Weiterstadt geben Hoffnung



Die jüngste Europawahl war für die SPD eine sehr große Enttäuschung. So kam die SPD mit 13,9% auf das schlechteste Ergebnis, das sie jemals bei einer bundesweit durchgeführten Wahl erzielt hat. Hier gibt es nichts schönzureden.

Bitter ist, dass die SPD bei der Europawahl hinter der rechtspopulistischen AfD liegt, die mit einem offen europafeindlichen Programm angetreten war. Wichtige Politiker der AfD verkündeten ziemlich unverblümt ihren Zerstörungswillen bezüglich der EU, ohne eine Alternative zu

haben. Diese Politik als „unverantwortlich“ zu bezeichnen, ist sogar noch untertrieben.

Angesichts des schlechten Bundestrends waren auch vor Ort keine Höhenflüge für die SPD möglich. Doch gelangen ein paar durchaus beachtliche Erfolge gegen den Trend. So liegt die SPD vor Ort mit 20,4% weit über dem Bundesergebnis. Sie ist zudem in Weiterstadt deutlich vor der AfD mit 13,5%. Zudem hat sich im Vergleich zur Landtagswahl im Herbst 2023 vor Ort einiges erfreulich verschoben. Damals lagen SPD und AfD in Weiterstadt fast gleichauf, beide relativ knapp unterhalb der 20%-Marke. Die SPD war damals nur knapp vor der AfD. Bei der Europawahl liegt die SPD in Weiterstadt leicht oberhalb der 20%-Marke, während die AfD mit 13,5% weit darunter liegt. Im Vergleich zur Landtagswahl im Herbst 2023 konnte sich daher die

SPD gegen den Trend sogar leicht verbessern, während die AfD im Vergleich zum Herbst 2023 in Weiterstadt deutlich schlechter abgeschnitten hat.

Dies sind Lichtblicke vor Ort, die aber nur wenig über das traurige Gesamtergebnis hinwegtrösten. Ein Vergleich mit der Europawahl 2019 ergibt in Weiterstadt wenig Sinn, da damals die für die SPD und ihren Kandidaten Ralf Möller sehr erfolgreiche Bürgermeisterwahl und die Europawahl am gleichen Tag stattfanden. Einen solchen Sondereffekt gab es bei der Europawahl 2024 in Weiterstadt nicht.

Der Wahlsieger bei der Europawahl ist in Deutschland und auch in Weiterstadt die CDU – vor Ort immerhin mit deutlich geringerem Abstand zur SPD als im Gesamtergebnis. Die SPD gratuliert ihrem politischen Mitbewerber zum Wahlsieg.